

# Rede zum Haushaltsplan 2024

Aulendorf, 26.02.2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Burth,  
sehr geehrte Frau Johler  
sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderats,

alle Jahre wieder habe ich die Ehre, die Meinung der Fraktion der „Freien Wählervereinigung Aulendorf“ zu den Planungen des Haushaltsjahres zu kommunizieren. Um die Rede nicht unnötig in die Länge zu ziehen und für eine bessere Lesbarkeit, wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Es wird das generische Maskulinum verwendet wobei alle Geschlechter und Orientierungen gleichermaßen gemeint sind.

Wie bekannt, konzentrieren wir uns als parteilose Fraktion innerhalb des Gemeinderats auf das Wesentliche für die Kommune. Dies ist in den letzten Jahren leider, eigentlich nicht mehr machbar. Bundes- sowie Landespolitische Entscheidungen mit Ihren immer ideologischeren Betrachtungen und Sichtweisen dominieren. Die Auswirkungen auf die Bevölkerung werden vielfach ignoriert. Die Mitte der Gesellschaft wird vielerorts nicht gehört bzw. ignoriert. Bauern werden gemeinsam mit Reichsbürgern und Rechten in einen Topf geworfen, nur weil eine Meinung vertreten wird, die für die Regierenden nicht opportun ist. Politische Entscheider beschweren sich, dass das Volk Ihre Sichtweise nicht akzeptiert. Aber das, meine Damen und Herren ist Demokratie, eine Meinung vertreten zu dürfen und diese auch zu kommunizieren. Parteien, die in einer 68er Bewegung entstanden sind, die für sich die Meinungsfreiheit proklamiert haben, beschweren sich nun, wenn andere dasselbe für sich einfordern. Im Übrigen

sind diese Demonstrationen damals nicht nur mit Worten sondern mit sehr vielen Taten geführt worden. Leider mit vielen Verletzten und auch Toten. Wie bereits Moliere zu berichten wusste: „Die Tugend, derer die Gesellschaft bedarf, ist die Umgänglichkeit; zu viel Gesinnung kann durchaus tadelnswert sein; vollkommene Vernunft vermeidet alle extremen Einstellungen“. Alle ideologisch radikalen Meinungen sind deshalb anzuprangern und nicht zu tolerieren. Die vor uns liegenden Aufgaben sind nur gemeinsam zu meistern. Wir leben in einem Land, das mit Wissen und Ideen groß geworden ist. Deutschland hat keine Bodenschätze, sondern muss sich über Erfindungen und einen zukunftsorientierten Erfinder- und Machergeist wieder nach vorn bringen. Alle die jetzt auf die letzten Jahre und auch Jahrzehnte zurückblicken, mit dem jetzigen Wissenstand und anprangern, was alles falsch gemacht wurde, denen sei gesagt: In 30 Jahren wird mit dem zukünftigen Wissen auch auf sie zurück geblickt werden und auch über sie wird gespottet werden aufgrund der Entscheidungen, welche getroffen wurden. Rückblickend weiß man ja immer alles besser. Die Zukunft kann nicht aus der Vergangenheit abgeleitet werden. Wer die Vergangenheit jedoch vergisst und nur hämisch betrachtet, wird die Zukunft jedoch nicht gestalten können.

Nach diesem kurzen Exkurs, nun zu den Themen vor Ort.

Als parteilose Fraktion, die nur in unserer schönen Gemeinde aktiv ist, sind wir für die Bürger unserer Stadt da. Wir sehen es als unsere Aufgabe, unsere Entscheidungen auf Fraktionsebene sowie unsere persönlichen Entscheidungen im Interesse der Kommune und der Einwohner zu treffen. Bundes- oder Landespolitische Parteientscheidungen sind uns fremd. Wir sind dafür nicht zu haben.

Äußerst wichtig ist es dabei, die finanziellen Gegebenheiten nicht aus den Augen zu verlieren. Auch wenn es viele nicht mehr

hören können oder wollen, wir dürfen nicht vergessen, wo Aulendorf vor einigen Jahren noch stand.

Die Stadt gibt viel Geld für Bauprojekte aus. Aktuell sind hierbei kommunal der Kindergarten, die Grundschule sowie die Sanierung der Schulsporthalle als die großen Maßnahmen zu nennen. Hierbei ist es leider immer wieder zu Entscheidungen gekommen, die aus wirtschaftlicher Sicht nicht sinnvoll waren sondern eher, das Motto „ich wünsche mir etwas“ im Vordergrund stand. Zweckbauten werden eher zu einem Designobjekt. Das ist natürlich alles schön, wenn die Gelder vorhanden sind. Leider ist dies nicht der Fall. Als vor nicht allzu langer Zeit darauf hingewiesen wurde, dass die Zinsen nicht immer so niedrig bleiben werden, wurden Entscheidungen getroffen, welche den Handlungsspielraum für die Zukunft deutlich einschränken.

Dem Rat muss bewusst werden, dass die „Experten“, die immer wieder ins Gremium kommen, in erster Linie hier sind, um ein Geschäft zu machen und sie Ihren Lebensunterhalt damit verdienen. Es kommt leider keiner aus Stuttgart oder Freiburg, weil er der Stadt einen Gefallen tun will. Bauprojekte, wie der Riedweg und Baugebiete wie Buchwald, dauern zu lang bzw. die falschen Partner wurden ausgewählt. Auch die Erhaltungssatzung geht den Bürgern in vielen Bereichen zu weit. Die Verwaltung muss den Menschen wieder mehr zuhören.

Wie bereits im letzten Jahr von mir angesprochen, ist eine rechnerische CO<sup>2</sup> neutrale Energieversorgung zu begrüßen. Ob dazu immer das ganz große Rad gedreht werden muss, ist fraglich. Wenn dann der nächste „Experte“ Zahlen vorstellt, die nicht aktuell und nicht verifiziert sind, sondern aus Bauplänen mit dem Gebäudealter erstellt werden und sich daraus dann ein hoher Bedarf darstellt, dann sind wir wieder so weit: ideologisch toll, wirtschaftlich unsinnig und im Nachgang zahlt der Bürger die Rechnung.

Die Stadt ist - wie bereits angeführt - aufgrund politischer Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene oft nur noch am Reagieren und nicht mehr am Agieren. Die Flüchtlingszahlen steigen wieder, der Wohnungsmarkt ist immer noch angespannt und eine Entspannung ist nicht in Sicht.

Die Energiepreise, die letztes Jahr noch ein großes Thema waren, sind wieder gefallen, nicht ganz auf das Niveau vor der Ukraine Krise, aber doch sehr deutlich. Auch hier sei wieder angemerkt, Ideologie ist schön, wenn aber 90 % der Welt nicht mit machen, wird es schwierig.

Eine Entspannung für die Verwaltung ist leider nicht in Sicht, da Entscheidungen der großen Politik aus Profilierungsgründen getroffen werden und nicht zum Wohle der Bürger. Wir kommen im Abarbeiten der Aufgaben nicht mehr hinterher und ständig kommt ein neues Störfeuer dazu. Personal ist wie jedes Jahr ein Thema. Leider hat sich hier nicht viel getan. Eine Personalentwicklung im Haus gibt es immer noch nicht, da es dafür ja auch keine Fördermittel gibt. Die Stelle eines Klimaschutzmanagers wird vom Land gefördert, da muss man zugreifen. Dies wird ja auch aus Reihen des Gremiums gefordert. Obwohl dies vielleicht für eine Stadt unserer Größe deutlich überdimensioniert ist. Der „Gemeindeverband Mittleres Schussental“ hat für seine fünf Kommunen eine eigene Klimaschutzmanagerin.

Ich möchte hier nicht falsch verstanden werden, die Energiewende ist sicherlich ein wichtiges Thema. Wir werden alle sehen, wie Windräder in unmittelbarer Nachbarschaft zu Tannhausen entstehen, die große PV-Anlage am Wannenberg wird ebenfalls kommen. Im Röschenwald müssen für die Windkraftanlagen mehr Bäume gefällt werden als geplant. Für Landwirte ist es attraktiver geworden Ackerflächen für die erneuerbare Energie bereitzustellen als Lebensmittel zu

erzeugen. Kein Kostendruck durch politische Entscheidungen, sondern planbare Einnahmen durch Wind und Sonne. Leider müssen hierfür aber auch irgendwo auf der Welt Ressourcen abgebaut werden und dies ist nicht immer mit nachhaltigen Kriterien vereinbar. Hier möchte ich exemplarisch die Diskussionen um die Kiesgrube in Grund erwähnen. Es ist sehr einfach, immer nach der Energiewende zu rufen, aber mit der Umsetzung vor der eigenen Tür wird es schwierig. Das Kommunen hier nur Erfüllungsgehilfen sind, ohne gestalterisch darauf einwirken zu können, ist in einer Demokratie den Bürgern schwierig zu erklären. Ein Baugesuch für einen Umbau oder Neubau wird abgelehnt, da es sich nicht einfügt. Ein Windrad mit fast 270 m Höhe in 680m Entfernung darf aber gebaut werden, da der gesetzliche Mindestabstand nur die doppelte Höhe also 540 m beträgt. Ab und Zu würde ein Perspektivwechsel nicht schaden. Ein Blick über den Tellerrand erweitert den Horizont.

Ein Radweg, welcher für viel Geld gebaut wurde und fast nicht befahren wird ist natürlich auch Infrastruktur. Eventuell wäre das Geld aber an anderer Stelle sinniger untergebracht, aber stimmt Fördergelder konnten genutzt werden.

An dieser Stelle möchte ich es natürlich wie alle Jahre nicht versäumen, auf die Notwendigkeit der Entzerrung und Verstetigung des fließenden Verkehrs hinzuweisen. Stop & Go wie an der Kreuzung Schwarzhausstraße ist für die Anwohner nicht mehr hinnehmbar. Hier wird gern von anderen Fraktionen darauf hingewiesen, dass dies Aufgabe des Landes ist: „dafür haben wir kein Geld, sollen doch die bezahlen“. Infrastruktur geht uns alle an. In anderen Ländern wird die Infrastruktur für die wirtschaftliche Entwicklung ausgebaut, bei uns sollen anstelle dessen Lastenfahrräder genutzt werden.

Wenn eine Gemeinde Geld für schnelles Internet oder Energieversorgung investiert, ist dies ebenfalls keine Aufgabe der Kommune, sondern eine hoheitliche Aufgabe des Bundes bzw. des Landes, wenn nicht sogar der Privatwirtschaft.

Dass Kommunen und Politiker keine wirtschaftlichen Führungskräfte sind ist allseits bekannt. Dennoch sind Politiker gerne in Aufsichtsräten. Auf Kreisebene sehen wir dann bei einer Klinik 20 Millionen verschwinden, einfach so auf Fingerschnippen, bei einer Bilanzierungspflichtigen Gesellschaft. Was das mit unserem Haushalt zu tun hat? Die Kreisumlage steigt dadurch und durch Prestigebauten deutlich, dies wiederum führt zu Einschränkungen bei uns.

Ein weiteres Thema ist die Entwicklung der Unternehmen in Aulendorf. Unternehmer wollen erweitern und wir müssen die Voraussetzungen dafür schaffen. Es kann nicht sein, dass keine Flächen vorhanden sind bzw. die vorhandenen Flächen in den Gewerbegebieten nicht zur Verfügung stehen. Das interkommunale Gewerbegebiet ist aktuell als gescheitertes Prestigeprojekt zu betrachten. Eine Fortführung ist zumindest in Frage zu stellen, falls hier nicht bald etwas voran geht.

Die Zahlen wurden ja wie immer bereits präsentiert und von der einen oder anderen Fraktion schon detailliert aufgedröselnt. Dass Gelder langsamer abfließen als im letzten Haushalt geplant, ist ein Fakt. Deshalb sieht es halt gut aus, wenn man die Zahlen so liest. Wenn die Gelder dann tatsächlich abfließen, werden wir ein Problem bekommen, da wir nicht einfach ein Sondervermögen aufstellen können. Die Zinsen, welche in Zukunft gezahlt werden müssen, werden sich im städtischen Haushalt wieder niederschlagen. Entscheidungen aus der Vergangenheit zeigen ihre Auswirkungen jedoch erst in der Zukunft. Kaufmännisches Planen und Handeln sieht anders aus.

Wir als Fraktion der „Freien Wählervereinigung Aulendorf“ sind bekannt dafür, konservativer zu planen und dies eher aus kaufmännischer Sicht zu sehen, als die Politik. Wer kaufmännisch, solide und vorsichtig agiert wird am Ende Recht behalten. Wenn Anschaffungen und Planungen nicht

wirtschaftlich sind, führt dies in der freien Wirtschaft zum Ende eines Unternehmens. Dies sollte dem einen oder anderen Ratsmitglied wieder bewusst werden, wenn er Entscheidungen im Gremium trifft. Geld ist nicht mehr so billig wie es die letzten Jahre war. Wir müssen die Investitionen in Zukunft wieder besser planen und die Wirtschaftlichkeit wieder mehr in den Vordergrund stellen. Dies ist aus unserer Sicht der richtige Weg, um die Stadt in die Zukunft zu führen.

Wir danken dem Bürgermeister und der Kämmerei für den Haushaltsentwurf und stimmen diesem zu.